

Bezugspreise:

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, durch die Post monatlich 8,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark, einjährig 84,00 Mark.

Abend-Ausgabe.

Landes-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die erste Spalte 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Restanzeigen 50 Pf., Anzeigen in fremden Blättern nach Vereinbarung.

Nr. 426.

Halle, Montag, den 12. September 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Die Agrarpolitik der Sozialdemokratie.

Von Dr. Böhme, M. d. R.

(Nachdruck verboten.)

Seit Kautsky's Agrarpolitik in den 90er Jahren in „Schmollers Jahrbuch“ die glänzende Widerlegung und Kritik durch Sering erfuhr, galt außerhalb der Sozialdemokratie die These von der wirtschaftlichen Überlegenheit des Großgrundbesitzes gegenüber der bäuerlichen Wirtschaft als überunden. Aber auch innerhalb der Sozialdemokratie war die Richtung David-Arthur Schulz, die im wesentlichen Serings Standpunkt von der Notwendigkeit der Förderung der Siedlung beibehielt, ganz entschieden im Vormarsch. Das Reichs-Siedlungsgesetz kam unter der wertvollen Mitarbeit von Männern wie Hoch, Webe, Severing und anderen zustande. Der Tod von Arthur Schulz, die ministerielle und gesundheitliche Behinderung Davids gaben bedeutenderen jedoch den marxistischen Anschauungen wieder Oberwasser, die in der „Freien wissenschaftlichen sozialistischen Agrarkorrespondenz“ ihren frassen Ausdruck fanden. Wer diese Wochenschrift unorientiert liest, muß aus vielen Artikeln den Eindruck gewinnen, als ob es sich um ein Organ handele, das die Aufgabe hat, die Großgrundbesitzerinteressen in nachdrücklicher Weise wahrzunehmen, und das auch aus diesen Kreisen finanziert wird, — bis er dann entdeckt, daß die Korrespondenz am Eingang ins als sozialistische bezeichnet. Mit hemdenreißender Ausföhrlichkeit werden alle Rundgebungen aufsummengetragen, auch der reaktionären Körperschaften, die gegen die Siedlungspolitik gerichtet sind. Wenn der Reichs-Landwirtschaftsrat, der noch vollkommen in alter Weise zusammengesetzt ist, — das ähnlich gerichtete Landesökonomikforum bezieht der sozialistische Minister des Innern nicht mehr gegen das R. S. O. Stellung nimmt, die Antiegründung verneint, dann wird dies hierföhrlich mitgeteilt. Der reaktionäre Reichsrund der Gustlofs, dessen Zweck lediglich die Agitation gegen die Siedlung ist, wird in ausführlicher Weise gemüßigt. In der Nr. 35 vom 21. August 1920 heißt es: „Verbinden wir das Verhölgen großer Güter und damit die unfruchtbar, unproduktive Siedlungsmeierei.“ „Um dem Siedlungsgesetz mißamt seiner Ausführung, werden die Beteiligten kaum Freude erleben.“ Es wird gesprochen von der völlschädigenden Torheit der brutalen Güterzerstückelung; dabei steht die Siedlung durchaus am Anfang. In Nr. 33/34 wird gegen die Aufhebung der Zerbömmnisse Stellung genommen! Die Volksernährung erscheint der Zeitschrift bei der Aufhebung der Zerbömmnisse auf das schwerste gefährdet. In derselben Nummer wird in einem anderen Artikel der gleiche Standpunkt vertreten. Dr. David und die demokratische Partei werden wegen ihrer Stellung zu den Zerbömmnissen angegriffen. Es wird gesagt, die Landarbeiter werden sicherlich nicht gewillt sein, sich durch Lohnungrige Kleinbauern aus ihrem Zerbömerwerb verdrängen zu lassen. Dabei sind nachdrücklich durch Legitimation erfaßt über 130 000 handliche Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig gewesen, in Wirklichkeit also mehr. Wenn also irgendwo bei Aufteilung eines großen Gutes Landarbeiter ihre Stelle verlieren würden, wäre für eine Beschäftigung an zahlreichen anderen Stellen geförht.

Doch genug von der Tendenz dieses sozialistischen Organs. Freizeidnerweise scheint David sich wieder besser Gesundheit zu erfreuen und hat den Kampf in einigen Artikeln im „Vorwärts“ gegen die alte marxistische Agrarpolitik neu eröffnet. Besonders durchschlagend sind seine Ausführungen im „Vorwärts“ vom 7. September 1921 Nr. 422. Hier weist er auf den wunden Punkt, der eine freie Konkurrenz zwischen Groß- und Kleingrundbesitz bisher unmöglich gemacht hat, auf die Feuerlich weit erhebliche Belastung des Kleinbesitzes hin. Er verlangt eine entscheidende Wänderung dieser Praxis und sagt: „Die Großen mögen ebenso viel je Flächeninheit herauswirtschaften, wie die Kleinen, können sie das nicht, dann mögen sie das Land denen überlassen, die es können.“ Er verlangt ferner die Begleichung eines Teiles des Landbesitzes derjenigen Besitzungen, die über 500 Hektar haben und weist darauf hin, daß in den östlichen und süderopäischen Staaten die Besitzgröße überall eine Beschränkung erfahren habe. Wie er damit ins Zentrum getroffen hat, beweist die Antwort des Organs des Landbundes, der „Zeitschrift Tageszeitung“. In ihrer Nr. 421 vom 9. September 1921 antwortet sie unter der bezeichnenden Überschrift „Ein Gehärrtel“. Es folgen Worte wie „Rauhselben“, „unfruchtbar“, „Bauernjüng“ und ähnliches; dabei ist die Antwort inhaltlich dürftig, ja geradezu lächerlich. Besonders hervorzuheben ist die Behauptung, es lie eine durchaus bekannte Tatsache, daß auf gutem Boden der Kleinbesitz vorzöhrte, während die

weiten Flächen mit zum Teil außerordentlich schlechten Böden sich in den Händen des Großgrundbesitzes befinden. Dabei hat auf der Konkurrenz für innere Kolonisation im Jahre 1909 ein Hauptverfechter des Großagrariertums, Prof. Gerlach, in Königsberg auf Grund von Karten den Nachweis zu erbringen versucht, daß auf dem fruchtbaren, weiligen Terrain gerade der Bauernland jise, und erschließbar, daß man auch nur solches Terrain für bäuerliche Siedlung verwenden solle, für den Großgrundbesitz eignen sich die weiten, ebenen Flächen. Tatsächlich liegen die Dinge, wie die Praktiker der Siedlung hervorhoben, so, daß die Bauern ein derartiges fruchtbares Terrain mit aller Entschiedenheit ablehnen; aber richtig ist es, daß die Gewaltpolitik des Rittertums und des Großgrundbesitzes sich überwiegend das bessere Terrain gesichert hat. Es ist auch nicht richtig, daß Höföhrungen für den Großgrundbesitz lediglich im bolschewistischen Rußland festgelegt sind, vielmehr hat Sering in einer bezeichnenden Schritt nachgewiesen, daß dies für die ganzen östlichen und südlichen Staaten zutrifft. Es ist kein Zweifel, daß die „Freie wissenschaftliche sozialistische Korrespondenz“ dem Großagrariertum, das zwar für das Gewerbe (siehe Warenhaussener) progressive Behöhrung der Großbetriebe wünscht, die Landwirtschaft aber umgekehrt behandeln will, wieder beizutreten wird. Es wird deshalb außerordentlich interessant sein zu erfahren, ob der östliche Parteilang der Sozialdemokratie angehört dieser Gegenläge zu einer klaren und modernen agrarpolitischen Haltung gelangen wird.

Die Großhüringischen Landtagswahlen.

Aus Weimar wird uns berichtet: Die Beteiligung war bei den großhüringischen Landtagswahlen überall ziemlich mittelmäßig. Man rechnet mit 67prozentigem Besuch der Wähler. Es verliert alles ruhig.

Weiter wird uns aus Erfurt berichtet: Von den disgegen Witternacht vorliegenden Wahlergebnissen für den hüringischen Landtag verteilen sich die abgegebenen Stimmen bei einer Wählerbeteiligung von 67 Prozent wie folgt: Kommunisten 14 561, U. S. P. D. 28 622, S. P. D. 24 788, Demokraten 11 701, Volkspartei 39 072, Deutschnationale 14 691, Zentrum 1432, Landbund 639.

Im einzelnen wurden gewählt in Eisenach: Kommunisten 1417, U. S. P. D. 4261, S. P. D. 2220, Demokraten 1846, Volkspartei 3988, Deutschnationale 2056, Landbund 66, G. e. r. a. u. e. s. t. a. d. Kommunisten 2000, U. S. P. D. 12 200, S. P. D. 3000, Demokraten 1800, Deutsche Volkspartei 14 480, Deutschnationale 2900, Zentrum 200, Landbund 199. In Erfurt: Kommunisten 1207, U. S. P. D. 3248, S. P. D. 404, Demokraten 1002, Zentrum 129, Volkspartei 1965, Deutschnationale 1213, Landbund 32. In Gena: Kommunisten 2988, U. S. P. D. 867, S. P. D. 7281, Demokraten 3046, Zentrum 240, Volkspartei 597, Deutschnationale 1766, Landbund 358. In Saalfeld: Kommunisten 1153, U. S. P. D. 309, S. P. D. 2711, Demokraten 604, Zentrum 61, Volkspartei 1998, Deutschnationale 299, Landbund 115. In Weimar: Kommunisten 1182, U. S. P. D. 107, S. P. D. 1598, Demokraten 449, Zentrum 9, Volkspartei 1978, Deutschnationale 576, Landbund 37. In Weimaringen: Kommunisten 347, U. S. P. D. 570, S. P. D. 1691, Demokraten 538, Zentrum 137, Volkspartei 2693, Deutschnationale 1872, Landbund 61. In Jena: Kommunisten 1586, U. S. P. D. 196, S. P. D. 1887, Demokraten 494, Zentrum 89, Volkspartei 827, Deutschnationale 1013, Landbund 44. In Weimar: Kommunisten 1681, U. S. P. D. 854, S. P. D. 3356, Demokraten 1225, Zentrum 445, Volkspartei 5348, Deutschnationale 2797, Landbund 27.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Ministerpräsident v. Raab und Justizminister Dr. Roth treten zurü.

Aus München drahtet unser Korrespondent: Ministerpräsident Raab tritt zurü. Gegen Witternacht zum Sonntag wurde die Sitzung des ständigen Landtagsauschusses fortgesetzt. Zu den §§ 4 und 7 des Entwurfes wurde auf Grund der Stellungnahme der Koalitionsparteien folgende Fassung vorgeschlagen: § 4. Aufhebung für Verbot nach §§ 1 und 3 und für Beschlagnahme nach § 2 sind die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen. Der Reichsminister des Innern kann die Landeszentralbehörden um den Ausspruch eines Verbotes oder einer Beschlagnahme ersuchen. Der letzte Satz dieses ursprünglichen § 4 soll dahin geändert werden: „Glaubt die Landesbehörde dem Erlaßen nicht entsprechen zu können, so kann der Reichsminister des Innern den Reichsausschuß anrufen.“

Im § 7 soll der Absatz 2 folgendermaßen lauten: Die Behörde ist bei der Landeszentralbehörde einzusetzen, die sie, falls sie ihr nicht abhilft, unmittelbar dem obersten Gericht des Landes zur Entscheidung vorlegt. Folgende Schlussbemerkung zu dem Gegenorschlag wurde vorgeschlagen: Unter der Voraussetzung, daß die Reichsregierung dem Wünsche der bayerischen Regierung entspricht, erklärt sich diese bereit, der Aufhebung des Ausnahme-

zustandes in Bayern näher zu treten. Nach längerer Aussprache wurde die neue Fassung der §§ 4 und 7 bei Stimmhaltung der sozialistischen Linien angenommen. Die Staatsregierung wurde beauftragt, alsbald zu dem Beschlusse des Ausschusses Stellung zu nehmen. — Dann vertagte sich der Ausschuß bis zum Sonntag vormittag 11 Uhr. Leber den Verlauf dieser Sitzung gibt folgende amtliche Meldung der Korrespondenz Hoffmann Aufschluß: Nach dem Beschlusse des ständigen Landtagsauschusses vom Sonnabend sollte sich die bayerische Regierung bereit erklären, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näher zu treten, wenn die Verordnung des Reichspräsidenten über Zeitungserbote entsprechend dem Beschlusse des ständigen Landtagsauschusses geändert werde. Die bayerische Regierung hat am Sonntag bei dem Ausschusse noch den Zusatz beantragt, daß der Aufhebung des Ausnahmezustandes dann näher getreten werden soll, „wenn die Verhältnisse es gestatten.“ Dieser Zusatz ist in der Sonntagsagung vom Ausschusse mit Mehrheitsbeschlusse abgelehnt worden. Deshalb treten Ministerpräsident v. Raab und Justizminister Dr. Roth zurü. Der Ministererrat tritt heute zusammen.

Von der bayerischen Ordnung. Bei der Einfahrt in München hielt eine Schar junger Burshen ein Auto an, das 5000 Exemplare des Niesbayer Tagesblattes nach München brachte, und warf die ganzen Zeitungen in einen Bach. Der unabhängige Landtagsabgeordnete Fischer, der vor einigen Tagen öffentlich die bevorstehende Auflösung der nordbayerischen Republik ankündigte, ist wegen hochverräterischer Betätigung in Nürnberg verhaftet worden.

Verbandsstag der Postbeamten.

Im weiteren Verlauf seiner Verhandlungen nahm der 11. Verbandstag des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten eine Entschölung an, in der die Aufhebung der Beschlagnahme des Erlölungshelms Tempeln gefordert wird. Dieses den Postbeamten gehörige Heim wird gegen deren Willen zum Teil zu Zwecken verwendet, die der Bestimmung des Heims widersprechen. Die Postbeamten erheben Einspruch gegen einen Zustand, der ihnen die freie Verfügung über das Erlölungshelms Tempeln verwehrt und fordern, daß dem endlich ein Ende gemacht wird. Weiterhin sprach Herr Direktor Kemmerts vom Deutschen Beamtenbund über die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenarbeitens der Beamten aller Verrichtungen und erläuterte die vom Deutschen Beamtenbund beobachtete Haltung bei den Verhandlungen, die bezüglich der Erhöhung des Teuerungszulages mit der Regierung und mit den anderen Epigenetzorganisationen stattgefunden haben. Die Frage einer Reform des Beamtenrechts wurde eingehend behandelt und mit Nachdruck die Forderung vertreten, daß die von der Beamtenchaft seit langem erwartete Verabreichung eines Beamtenrechtsgesetzes nun endlich vertrittet werde und zwar letztere der Verbandsstag den von der Regierung vorgelegten Entwurf ab und hielt sich auf den Boden des vom Deutschen Beamtenbund angestrebten Entwurfes.

Die Fragen der äußeren und inneren Organisation nahmen die Verhandlungen weiterhin in Anspruch. Das wichtigste aus den Beratungen hervorgeragene Ergebnis war die Zustimmung zu der stattgefundenen Gründung der Reichspostgewerkschaft. In der Diskussion wurden dann die auf die beruflichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Postbeamten bezüglichen zahlreichen Eingeltragen eingehend behandelt, wobei die Delegierten die von den Beamten der Besoldungsgruppen III bis VI, sowie von den Diakonen erhobenen Forderungen zum Ausdruck brachten und mit Nachdruck vertreteten. Ausgesprochen liegen die Beratungen erkennen, daß die Verhältnisse im Postwesen noch in vielfacher Hinsicht einer Besserung bedürftig sind, insbesondere aber es dringend nötig ist, daß die von den Postbeamten erstrebte Personalreform auf der Grundlage der vom Beamtenrat im Einvernehmen mit dem Reichspostministerium ausgearbeiteten Richtlinien baldigst zur Durchführung gelangt. Gegen die Absicht des Reichsfinanzministeriums, diese Richtlinien in wesentlichen Teilen umzugestalten und eine andere Personalordnung nach dem vom Reichsverkehrsministerium vertretenen Vorschläge einzuführen, wurde nachdrücklich Verwarung eingelegt.

Sowjetregierung und Hungersnot.

Nach Meldung der „Information“ aus Riga erklärte in einer der letzten Moskauer Sowjetjournale, der ausländische Journalisten bewohnten Kamenew, daß die Sowjetregierung einen entscheidenden Sieg in ihrem Kampfe gegen die Hungersnot davongetragen habe. 100 000 Zentner Getreide seien den Hungernden schon geliefert worden und dies Ergebnis ist nach Ansicht Kamenews die beste Antwort auf die europäische Bourgeoisie, die bereits auf den Sturz der Sowjetmacht gerechnet habe. Durch Beseitigung der Hungersnot durch die Sowjetregierung sei ihre Macht für viele Jahre befestigt worden. Trotz all dem hervor, daß die Sowjetregierung alles Mögliche tue, um die normalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Rußland und Europa wiederherzustellen, aber alle diese Verhältnisse stehen auf die Interventionen politischer Reichs-



Gerhart Hauptmann lehnt ab.

Auf die Propositionen von der Präsidentschaftskandidatur Gerhart Hauptmanns schied der Dichter den Zeitungen folgendes Telegramm:

„Freunde teilen mir telefonisch mit, daß Zeitungs-
nachrichten wissen wollen, ich trage mich mit der Absicht,
für die Reichspräsidentschaft zu kandidieren. Diese Absicht
ist mir völlig fremd. Ich erkläre Ihnen
klar und bestimmt, daß ich mich nicht für eine Ueberlegung
zu erlauben werde, die mich von dem mir anvertrauten
Wirkungskreis entfernt und in das politische Leben
eintrifft. Es geht mir um die Kunst und es geht mir
um die Eignung dazu. Damit hoffe ich alle Gerüchte, die anders
lauten, ein für allemal für jetzt und für immer entkräften
zu haben.“

Der französische Siegesfang.

Paris, 12. Sept. Bei der in Marokko veranlasseten
Fest zur Erinnerung an den Marokk-Kriegs-
minister Barthou eine Rede, in der er sagte:

Der Sieg hat Frankreich Glück und Lorbeeren zurück-
gegeben. Es beansprucht keine anderen Gebiete und es will
nur die Ausführung der feierlichen Versprechungen, mit
denen ich Wiederankunft und seine Sicherheit verknüpft
sind. Keiner richtete dann heftige Angriffe gegen das „im-
perialistische Deutschland“ und fuhr fort, es gebe
vielleicht noch ein demokratisches Deutschland, das behauptet,
in sich den alten militaristischen Geist geteilt zu haben. Es
wäre unrichtig und ungesund, nicht anzuerkennen, daß die
deutsche Regierung, an der Spitze Reichstanzler Dr. Wirth,
Beweiße eines guten Willens gegeben habe, aber die
deutsche Regierung könne zweifellos nicht alles, was sie
wolle. Frankreich habe den Pariser Friedensvertrag
ausgeführt, Deutschland müsse den Versailler Vertrag aus-
führen. Deutschlands Demokratie, wenn sie mit uns weiter
den Weg einer lokalen und dauerhaften Annäherung ver-
folgt, muß bemerken, was sie will und wohin sie geht.

Die Verteilung der deutschen Kolonien.

Daily Chronicle“ meldet aus Washington: Die ameri-
kanische Regierung arbeitet einen dritten Vertrag
mit der Entente aus, der sich auf die Frage der
Mandate über die früheren deutschen Kolonien
bezieht. Es wird gemeldet, daß dieser Vertrag
namentlich die Mandate der Kategorie A und B und ins-
besondere über Yap behandeln soll. Dieser Vertrag hat
aber mit einem log. dritten Friedensvertrage nichts zu tun,
wovon man in Paris gesprochen hat, und der die Aufgabe
haben sollte, den Versailler und den Berliner Friedensver-
trag miteinander zu verknüpfen. Die amerikanische Regie-
rung ist der Ansicht, daß ein solcher dritter Friedensvertrag
für Amerika durchaus nutzlos wäre.

Dem Genex Korrespondent der „Chicago Tribune“ zu-
folge hat die amerikanische Regierung die Zahl und die
Verteilung der Mandate der Kategorie A und B am Sonn-
abend im Völkerrund gewonnen. Die amerikanische Regie-
rung wird bei der Verteilung dieser Mandate beteiligt sein
und an allen Sitzungen teilnehmen. Die alliierten Mächte
werden auf die letzte amerikanische Note gemeinsam an-
worten und werden dem Standpunkte Amerikas zustimmen,
daß Amerika bei der Zuweisung der Mandate ein entschei-
dendes Wort mitzusprechen haben werde. Der Völkerrund-
saß hat sich diesen Standpunkt der alliierten Mächte ange-
schlossen und wird ihn in einer Note der amerikanischen Regie-
rung bekannt geben.

Streit der Berliner Gas- und Elektrizitätsarbeiter.

Die Berliner Zeitungen erscheinen nicht.

Die fest Angestellten der hiesigen Gas- und Elektri-
zitätswerke in Berlin sind in den Ausbitteln getreten, ohne eine
weiterhinläufige Entscheidung über den sie betreffenden
Schlichtungsanspruch des Schlichtungsausschusses abzumachen. Die
Arbeiter der Werke sind bereit zu arbeiten und haben auch schon
solche Arbeiten unternommen, die geeignet sind, unmittelbar
drohende Schäden zu verhüten. Die Weiteraufnahme des
Betriebes ist daher an sich jeden Augenblick möglich. Der

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung“,
Dienstag, 12. Sept. Inhalt: Beschlüß mit Beisitzimus bunten
Wandern. Roman von Fred Reins. — Gemaltes. Von
Gustav Voghter. — Der Weg zur Unterirdlichkeit.
Folge von Paul Alexander Scherler. — Das Tagebuch
eines Anzianen. Von Dr. Moriz Scheber. — Die harzer
Vergeltung. Von Professor Wilhelm Schürmann. —
Stecatur.

Die Peitsche.

Erzählung.

Von
Gans Wägen.

(Nachdruck verboten.)

Als letzte der Gäste, die Frau E. geladen hatte, er-
schienen zwei Herren, welche die Gastgeberin als Profes-
sor W. und Dr. P. vorstellte. W. war ein älterer Herr,
dessen Gesicht die typischen Züge des geistigen Menschen
zeigte. P. mochte etwa fünfundsiebzig Jahre zählen; er
war Privatdozent an derselben Universität, an welcher
W. eine ordentliche Professur bekleidete.

Eines der Anwesenden schlug vor, jeder möge ein be-
sonders bemerkenswertes Erlebnis erzählen.

Es fügte sich, daß Professor W. gebeten wurde, zu
beginnen.

„Ich weiß nicht“, begann der alte Herr, „ob die Ge-
schichte, die ich Ihnen auf Ihren Wunsch hin erzählen
will, wert ist, weiteren Kreisen bekannt zu werden. Immer-
hin glaube ich, daß sie den oder jenen anregen wird,
über die Bekanntheit mancher Vorfälle seiner Erde ein
wenig nachzudenken.“

Es mögen zwölf Jahre her sein, da kam ich auf einer
Wanderung in ein kleines Städtchen, das einen recht
behaglichen Eindruck machte und in dessen Gassen die
Sonne hell und freundlich lag. Meinen Rückweg hatte
ich in einem bescheidenen Wägen abgelegt. Die Stunde
war dem Abendrot nahe und ich zu einem Gang durch die
alten Gassen beabsichtigte.

Wie einem Male kreuzte mein Fuß eine Schwärze, die
von einer großen bereitwilligen Kanne niederlag. Ich

Magistrat hat am Sonnabend beschlossen, die Entscheidung der
nächsten Sitzung anzufragen, wobei er mit der Vertretung des
Verandes der Romantischen und Angestellten Preisens
sich in voller Uebereinstimmung befindet. Der Magistrat wird
in den Nachmittagsstunden die Entscheidung des Reichs-
ratsministeriums herbeiführen lassen. Außerdem
ist der Magistrat mit der Erstellung in Verbindung ge-
treten, um die Vertiefung der Notstandsarbeiten sicherzustellen.

Wegen Streiks der Elektrizitätsarbeiter können die Ber-
liner Zeitungen nicht erscheinen.

Die fünf Großmächte als alleinige Vertreter auf der Abstimmungskonferenz.

Die amerikanische Regierung hat den Mächten, die an der
Washingtoner Konferenz teilnehmen werden, die Tages-
ordnung übermittelt. Gleichzeitig hat sie der
Ansicht Ausdruck gegeben, daß die eingeladenen Mächte als
die Bevollmächtigten des Reichs auf der Konferenz fungieren
sollen, bis dort eine feste Regierung errichtet werde. Da
die Vereinigten Staaten nur durch vier Dele-
gatione auf der Konferenz vertreten sein werden, während
es doch sechs oder sieben Nationen durch vier Delegierte
vertreten sein möchten, dagegen können sie 12 Sachver-
stände auf dem Gebiet der Arme, der Marine, der
Luftschiffahrt und der wirtschaftlichen und politischen Fragen
mitbringen. Von einer neuen Völkervereinigung wünscht
man im Weissen Hause nichts zu wissen. Die Konferenz
wird ohnehin eine Vereinigung von Nationen bedeuten,
außerdem sollen nicht allzuviel Fragen auf der Konferenz
erörtert werden. Man wünscht die Tagesordnung möglichst
einzuschränken, damit keinerlei Verzögerung eintritt.

Die Abklärungsfrage selbst soll nur von
den fünf Großmächten Amerika, England,
Frankreich, Japan und Italien erörtert
werden.

Die chinesische Abordnung würde nur bei der Dis-
kussion über die Fragen des fernem Ostens anwesend sein,
ebenso die belgischen und holländischen Delegationen sowie
andere Völker, die Interessens im fernem Osten haben. Die
amerikanischen Vertreter werden nicht alle Vollmachten
haben, sondern ihre Befugnisse werden der Ratifizierung der
Regierung behalven. Selbst Poole und Senator Underwood
sind in der Abstimmung noch nicht ausgesprochen; sollte
Underwood erklären, daß er als Leiter der Minorität im
Senat unabhänglich ist, würde für ihn als Vertreter der
frühere amerikanische Botschafter in London John Davis in
Frage kommen.

Deutsches Reich.

Die deutschen Behörden bekommen die Polizeigewalt in
Spaner. Wie die „Fr. Sta.“ erzählt, wurde auf wieder-
holten schriftlichen und mündlichen Protest der Regierung in
S. p. e. Sonntag die Polizeigewalt von den Franzosen
den deutschen Behörden überlassen.

Eine deutsche Zeitung für 3 Monate durch die Franzosen
verboten. Laut Staatsanwaltschaft aus Koblenz hat die
interalliierte Rheinlands-Kommission das Blatt „Der Reichs-
bote“ für drei Monate verboten.

Der Parteitag der Deutsch-Demokraten wird nicht in
Königsplatz stattfinden. Die Verhandlungen zwischen dem Haupt-
geschäftsführer der Partei und dem Vertreter der inter-
alliierten Kommission ergaben, daß die Kommission die Ab-
haltung des Parteitages in Köln nicht für erwünscht er-
achtet.

Die „Zeit“. Wie bereits gemeldet, wird Ende dieses
Monats der bisherige Herausgeber der „Täglichen Rund-
schau“, Heinrich Kippeler, aus dem Verlag auscheiden,
um die Herausgabe einer eigenen Zeitung zu übernehmen,
die den Namen führen soll: „Die Zeit“. Wie die
„E. N. N.“ von Herrn Kippeler selbst erzählt, tritt es nicht
um, daß der Erscheinungstermin für die neue Tageszeitung
schon der 30. September ist. Die Herausgabe der „Zeit“
die am Sonnabend ihre handelsrechtliche Eintragung er-
halten hat, wird nach Möglichkeit beschleunigt werden, doch
sind noch mancherlei Vorarbeiten zu erledigen, so daß über

ich näher zuhören, erkannte ich, daß es eine Fuhrmanns-
peitsche war, die am Zweig des Baumes hing. Der Mann
mochte, so ich es mir durch den Kopf, auf seinem Sitze
eingesen sein, und als er unter dem Baume vorüberfuhr,
nicht gemerkt haben, daß die Schur der Peitsche sich im
Geist verfuhr. So war er um sein Eigentum gekommen.

Quers dachte ich daran, die Peitsche herunterzuholen
und sie in einem der benachbarten Häuser abzugeben, wo
der Fuhrmann, sich seiner Fahrt entziehend, wohl zuerst
nach seinem Eigentum fragen würde.

Jetzt: etwas, dessen ich mich heute nicht mehr erinnere,
ließ mich aber weitergehen, und die Peitsche entschwand
bald meinem Gedächtnis.

Ein paar Monate später führte mich eine berittliche
Reise wieder in das Städtchen.

Es regnete hart, als ich kaum den Gehweg betreten
hätte. Ein wenig gelangweilt, griff ich zu dem Vorklapp-
tasche. Das in der kleinen Stadt erschien und dessen neueste Num-
mer auf dem Wirtstische lag.

Zufällig fiel mein Blick auf die Spalte, in welcher die
letzten Prozesse, die sich vor den Schranken des klein-
städtischen Amtsgerichts abspielten, in breiter Ausführlich-
keit behandelt wurden.

Da fesselte mich mit einem Male ein seltsamer Fall,
von dem in dieser Nummer gesprochen stand. Von einem
Jungen war da die Rede, der dem Fuhrmann B. eine
Peitsche gestohlen und diese Tat hornigig gelugnet habe.
Das Gericht habe den Dieb aber für überführt gehalten
und ihn daher zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Bei
der Strafzumessung habe der Landtag, daß der Täter
erst dreizehn Jahre alt sei, berücksichtigt werden müssen.

Ich schob er mir durch den Kopf, daß zwischen der
Peitsche, die ich vor dreizehn Monaten in der Kanne
hängen sah, und dieser Gerichtsverhandlung ein Zusam-
menhang bestehe.

Ich ließ mir den Wirt kommen, fragte nach der Woh-
nung des Amtsrichters, und machte mich auf den Weg,
obwohl der Regen immer noch in Strömen vom Himmel
kam.

Daß das Weib des Herrn, als ich zu so später Stunde

den Termin des einmaligen Erscheinens der „Zeit“ noch
nichts Bestimmtes gesagt werden kann. Was der Charakter
des Blattes anbelangt, so wird dieser sich in dem Rahmen
der Deutschen Volkspartei bewegen.

Auslands-Rundschau.

Der internationale Kongress für Völkerrrecht und die Inseln-
frage. Die dritte Kommission des internationalen Kongresses
für Völkerrrecht, hat durch einstimmige Entschließung Groß-
britannien das Recht abgelehnt, Island zu
besetzen, auf seine Unabhängigkeit zu verzichten.

Die spanischen Militäroperationen in Marokko. Militär-
präsident Maura erklärt, daß er das Parlament zusammen-
berufen werde, und gab weiter bekannt, daß die militärischen
Operationen in Marokko ihren Anfang genommen haben.

Vermischtes.

Schweres Eisenbahnunglück.

32 Tote, 60 Verletzte.

Spinnabend abend ist der Schnellzug Stra-
burg-Lyon einige Kilometer vor Lyon eingeleist,
während er mit einer Stundengeschwindigkeit von 80
Kilometer fuhr. Das Unglück ist durch falsche Weichen-
stellung hervorgerufen. Drei Wagen dritter Klasse und
ein Packwagen wurden umgeworfen. Die Zahl der
Toten soll 25, die der Verletzten 60 betragen. —
Nach späterer Meldung ist das Eisenbahnunglück darauf
zurückzuführen, daß der Zug den Bahnhof mit zu großer
Geschwindigkeit passierte. Bis zum Nachmittag hatte man
32 Tote und 60 Verletzte aus den Trümmern georgen.

Ueberschwemmung in Texas.

500 Ertrunkene — 2000 Obdachlos.

Von einer schrecklichen Ueberschwemmungskatastrophe
meldet ein Telegramm aus San Antonio (Texas):
Infolge starker Regenfälle wurde in der Nacht das
Gefäß in vier Ueberschwemmung t. Mehrere Stra-
ßen waren fünfzehn Fuß hoch überflutet. Man schätzt die
Zahl der Ertrunkenen auf 500. Von diesen wurden
bisher nur 22 geborgen. 2000 Menschen sind
obdachlos. Die Fluten sind inzwischen wieder zurück-
gegangen.

Max Klante, der Konzernschwindler.

Aus Berlin wird uns berichtet:

Der Vorjüngende des Zeitungsverlegers, Klante, der sich
wegen angeblichen Verzugswaarenbrüches in das Sana-
torium Westend begeben hatte, ist dort verhaftet und
ins Untersuchungsgefängnis Moabit eingelei-
fert worden. Die bisherigen Ermittlungen der Staats-
anwaltschaft haben ergeben, daß der Klantekonzerne eine
Unterbindung von mindestens sechzig Mi-
llionen M. hat. Der Konzern ist nunmehr von der
Staatsanwaltschaft geschlossen worden, ebenso werden wohl
auch im Laufe des heutigen Tages die übrigen dem Klante-
konzern gehörenden Unternehmungen von der Staatsan-
waltschaft geschlossen werden. Der Konzern soll heute er-
öffnet werden.

Von anderer Seite wird über die neueste, nicht uner-
wartete Wendung in der Klantengelegenheit noch be-
richtet:

Der in letzter Zeit vielgenannte Begründer und An-
haber des Klantekonzerne Max Klante ist plötzlich ent-

bei ihm vorprach, sehr erkrankt war, können Sie sich
denken.

Er fragte nach meinem Begehren.

Ich fügte ihm ruhig und bestimmt, daß in der gestrigen
Verhandlung des hiesigen Amtsgerichts ein Mensch zu
Unrecht verurteilt worden sei.

Wie ich zu meiner Behauptung käme, wollte der Rich-
ter wissen.

Ich erzählte ihm darauf, wie ich vor einigen Monaten
die Peitsche an der Kantine gefunden habe. Geislich habe
der Junge, den man gestern wegen des Diebstahls dieser
Peitsche zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt habe, diese
nach mir gefunden.

Der Richter bestätigte, daß der Beschuldigte die Sache
in genau derselben Weise wie ich erzählt habe. Nur,
um die Peitsche auf dem Hundebureau abzugeben, habe er,
wie er bei der Verhandlung immer wieder unter Tränen
versicherte, diese vom Baume abgenommen. Der Fuhr-
mann dagegen habe fest behauptet, die Peitsche sei ihm,
während er in einem Hause beschäftigt war, vom Wagen
gehoben worden. Er habe sie bald danach bei dem Jun-
gen gefunden und auf einer gerichtlichen Ausragung der
Angelegenheit behandelt. Nach Lage der Dinge habe man
dem Fuhrmann mehr Glauben schenken müssen als dem
Jungen.

Wäre ich dagegen bereit, meine ihm sieben abgege-
benen Erklärungen zu beschwören, so müßte eine neue Ver-
handlung angehängt werden, die ohne Zweifel mit einem
Freispruch des Beschuldigten enden würde.

Selbstverständlich erklärte ich mich zu dem Schwur
bereit.

Nachdem danach fand eine neue Verhandlung statt, die
mit der Rechtsfertigung des zu Unrecht Beschuldigten ihren
Abschluß fand.

Den Jungen aber, ein Waisentind, gewann ich, als
ich ihm näher kennen lernte, vom Tag zu Tag lieber. Ich
ließ ihn eine höhere Schule besuchen. Später bezog er die
Universität. Ihnen allen, meine Damen und Herren,
so schloß Professor W. seine Erzählung, „ist der damalige
Junge wohl bekannt; es ist Herr Dr. P., mit dem ich vor-
hin diese gaulische Wäste betreten durfte.“